UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 1936
LIBRARY

Abend- und Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 26. Mai	Nr. 684

Verleihung von Auszeichnungen für Lebensrettung.

Berlin, 26. Mai. Der Führer und Reichskanzler hat mit Erlaß vom 30. April 1936 verliehen:

a) die Rettungsmedaille am Bande:
dem Hauer Heinrich Althoff in Wanne-Eickel,
dem Autoschlosser Ewald Casimir in Königsberg, Pr.,
dem Abteilungssteiger Friedrich Nolte in Wanne-Eickel,
dem Studenten Werner Schulte-Döinghaus in Berlin,
dem Fahrhauer Jakob Schulz in Mittelbexbach, Saarland,
dem Gefreiten Walter Wolf in Bremen;

b) die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr:
dem Postschaffner Andreas Kaspar in Haar, B. A. München.

Der ungarische Kultusminister bei Dr. Goebbels.

Berlin, 26. Mai. Der Königlich ungarische Kultusminister Professor Dr. Valentin Homan stattete Dienstag mittag in Begleitung des Staatssekretärs Dr. von Szily dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, einen Besuch ab, bei welcher Gelegenheit Fragen des deutsch-ungarischen Kulturaustausches, insbesondere auf den Gebieten des Films, des Rundfunks und Theaters sowie aktuelle Presseprobleme in voller Uebereinstimmung erörtert wurden.

Die ungarische Presse zum Berliner Besuch Homans.

Budapest, 26. Mai. Die ungarische Presse berichtet in großer Aufmachung über den Berliner Besuch des Kultusministers Homan und hebt den ihm von deutscher Seite bereiteten, äußerst herzlichen Empfang hervor.

Die Blätter geben die Stellungnahme der deutschen Presse zu dem Besuch des ungarischen Ministers wieder und unterstreichen den Hinweis, daß dieser Besuch mehr als ein Akt diplomatischer Höflichkeit sei. Der Besuch sei ein Ausdruck der Freundschaft zwischen Deutschland und Ungarn. Besonders hervorgehoben wird, daß der ungarische Kultusminister in Berlin als der Abgesandte einer befreundeten Nation aufgenommen worden sei.

Das Blatt des Ministerpräsidenten Gömbös, Fügetlenlap bringt eine Erklärung des Kultusministers Homan, in der er seiner besonderen Freude über seine bevorstehende Ernennung zum Ehrendoktor der Berliner Universität Ausdruck verleiht. Er sei der erste ungarische Gelehrte, dem diese hohe Anerkennung von deutscher Seite zuteil wird.

Brillenrezepte bei der Musterung vorlegen.

Berlin, 26. Mai. Das Reichskriegsministerium weist darauf hin, daß nach der Musterungsverordnung Brillenträger bei der Musterung das Brillenrezept vorzulegen haben. Ist die Brille auf Kosten einer Krankenkasse geliefert, hat sich der Dienstpflichtige an diese wegen Ausstellung eines Brillenrezepts zu wenden. Das Reichs- und Preußische Arbeitsministerium hat die Krankenkassen angewiesen, auf Anfordern Brillenrezepte oder beglaubigte Abschriften an die Dienstpflichtigen auszuhändigen.

Der Prozeß gegen die Franziskanerbrüder.

Koblenz, 26. Mai. In dem Prozeß gegen die Franziskanerbrüder wurde am Dienstag nach der Mittagspause der 27jährige ehemalige Franziskaner-Bruder Kilian Matthes, genannt Bruder Ludwig, aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, als Zeuge vernommen. Er hat 1926 als Bruder-Aspirant in der Ordensniederlassung Waldbreitbach den Erstangeklagten Pater Leopizill kennen gelernt, und ist von diesem, der ihm Unterricht in Katechismus erteilte und gleichzeitig sein Beichtvater war, mißbraucht worden. 1931 trat Matthes aus dem Franziskaner-Orden aus.

Aehnlich liegt der Fall bei dem ehemaligen Franziskaner-Bruder Alfons Schilß, genannt Bruder Wibald, der jetzt 24 Jahre alt ist und sich ebenfalls zur Zeit in Untersuchungshaft befindet. Erschwerend ist, daß Pater Leopizill dem Bruder Wibald, dessen Lehrer und Beichtvater er war, nicht nur Alkohol gab, sondern auch unzüchtige Photos gezeigt hat. Schilß ist später ebenfalls aus dem Franziskaner-Orden ausgetreten.

Auch der ehemalige 25 Jahre alte Franziskaner-Bruder Hans Broß aus Laupheim (Württemberg), genannt Bruder Alexander, gab zu, im Kloster Waldbreitbach mit dem Angeklagten Steinhoff verkehrt zu haben. Der Zeuge, der sich ebenfalls in Haft befindet, bekundete, daß er innerhalb dreier Jahre in sieben Ordens-Häusern gewesen sei und überall derart anormal veranlagte Patres und Ordensbrüder vorhanden gewesen seien, insbesondere in Ebernach (Kreis Cochem), Waldbreitbach (Kreis Neuwied), Bingen Kreuznach, Waldniel und Warendorf. Im übrigen hat Broß, ebenso wie die beiden vorhergehenden Zeugen, eingestanden, auch mit zahlreichen anderen Ordensbrüdern verkehrt zu haben.

Der 27jährige alte Zeuge Walter Kaiser, der sich in der Heil- und Pflegeanstalt in Andernach befindet, kam 1922 infolge einer Kopfgrippe als Pflegling 14jährig in die Ordensniederlassung in Waldbreitbach. Der Zeuge, der einen stark zurückgebliebenen Eindruck macht, ist, wie er angibt, von mehreren Ordensbrüdern, u. a. den Brüdern Emmerau, Crescentius und Richards sowie vom Pater Leopizill mißbraucht worden.

Der Staatsanwalt teilte sodann mit, daß gegen Steinhoff noch eine Nachtragsanklage wegen sittlicher Vergehen gegen einen minderjährigen Schüler erhoben worden ist.

Zum Schluß der Beweisaufnahme wird nochmals der Generalsekretär, der Franziskaner-Bruder Anderer (Bruder Erhard) vernommen. Er sagt aus, daß der damalige Generaloberer des Ordens, Bruder Pankratius, 1934 gestorben sei. Sein Nachfolger, Bruder Alfons, der verboten hatte, über die Verfehlungen zu sprechen, halte gegenwärtig in Afrika Visitationen ab. Sein Stellvertreter ist der Bruder Plazidus, der in Deutschland wegen Meineides gesucht wird und sich gegenwärtig in Rom aufhält. Dieser Bruder Plazidus ist, bevor er ins Ausland ging, bei den Franziskaner-Klöstern herumgefahren und hat kleine Bruder-Konvente abgehalten, in denen vertraulich gesagt wurde, wer etwas ausgetreten habe, solle sofort nach den holländischen Niederlassungen gehen.

Der Anstaltsarzt der Ordensniederlassung Waldbreitbach, Dr. Artur Kost, bekundet, daß ihm nur zwei Fälle von Verfehlungen bekannt geworden seien; der damalige Generaloberer, Bruder Pankratius, habe derartige Fälle aber nie verfolgt, sondern sei darüber hinweggegangen.

Der Zeuge Broß teilt noch mit, daß er dem Generaloberer seinerzeit von den Verfehlungen schriftlich Kenntnis gegeben habe, daß ihm aber sein Schreiben als Frechheit ausgelegt worden und nichts erfolgt sei.

Schließlich wurde noch der 51jährige Pater Georg von der Heide, genannt Pater Meinhard, vernommen, dem die Westfälische Ordensprovinz unterstebt. Er bekundet, daß einem Manne wie dem Angeklagten Leopizill in Zukunft jede priesterliche Tätigkeit streng untersagt sei. Er könne im Orden kein Amt mehr bekleiden, es bestehe außerdem die Möglichkeit, ihn in einem regelrechten kanonischen Prozeß aus dem Orden auszustoßen. Ob es dazu komme, hänge von der Entscheidung des Pater-General bei der Kongregation in Rom ab.

Als medizinischer Sachverständiger äußert sich Dr. med. Eiden-Koblenz, daß der Angeklagte für seine Straftaten voll und ganz verantwortlich sei. Es handle sich um einen hemmungslosen, moralisch und sittlich tiefstehenden Menschen.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Auf Antrag des Staatsanwalts beschließt das Gericht Vertagung auf Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Das vorläufige Memeler Stadtverordnetenwahl-Ergebnis.

Memel, 26. Mai. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Wahlen zur Memeler Stadtverordnetenversammlung haben von 27 235 Wahlberechtigten 23 515 ihre Stimme abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 86,3 v. H. entspricht. Davon waren 180 Stimmen ungültig. Die memelländische Gemeinschaftsliste erhielt 14 604 Stimmen, die vier litauischen Listen erhielten zusammen 6891 Stimmen, die drei Splitterlisten 2040 Stimmen. Danach entfallen auf die memelländische Gemeinschaftsliste 25 Sitze, auf die vier litauischen Listen 11 Sitze und auf die drei Splitterlisten drei Sitze. Ein weiteres Mandat ist noch umstritten.

Bei der außerordentlich starken Zuwanderung aus Groß-Litauen nach Memel hat der hohen Wahlagitation der litauischen Parteien und der Behinderung der Wahlpropaganda der Memelländer muß das Ergebnis als ein großer Erfolg des Memeldeutschtums gewertet werden, das auch in der neuen Stadtverordnetenversammlung über eine große Mehrheit verfügen wird. Auch bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen auf dem Lande hat sich das Verhältnis, wie es sich bei den Wahlen von 1933 ergab, nicht geändert.

Schwere Ausschreitungen gegen Minderheitsdeutsche.

Kattowitz, 26. Mai. In Ostoberschlesien kam es am Sonntag in dem Industrieort Rydultau zu unerhört schweren Ausschreitungen gegen Minderheitsdeutsche.

Eine Veranstaltung „Mutter und Kind" der Jungdeutschen Partei, die von 140 Minderheitsdeutschen besucht war, wurde von Angehörigen des Polnischen Aufständischenverbandes gesprengt. Kurz nach Beginn drangen etwa 100 Aufständische, zum Teil in Uniform, durch zwei Eingänge in den Saal und begannen mit mitgebrachten Knüppeln und Ochsenziemern unbarmherzig auf die Anwesenden einzuschlagen. Den sich ihnen entgegenstellenden Vorstandsmitgliedern brachten die Eindringlinge Verletzungen mit Messerstichen bei. Die Anwesenden, die panikartig den Versammlungsraum verließen, wurden im Freien von weiteren 50 Aufständischen empfangen und erneut auf das schwerste mißhandelt.

Nach den bisherigen Feststellungen haben etwa 30 Minderheitsdeutsche Verletzungen erlitten; einige von ihnen sind besinnungslos geschlagen worden. Zehn der Verletzten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Eindringlinge schreckten selbst davor nicht zurück, Frauen auf das schwerste zu verprügeln. Als die Polizei am Tatort erschien, waren die Aufständischen bereits entwichen.

Bemerkenswerter Weise nahm die Polizei über diesen unglaublichen Vorfall kein Protokoll auf. Da eine Anzahl der Eindringlinge erkannt wurde, unter ihnen zwei bekannte Ortsführer des Aufständischenverbandes, darf der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß sie der gerechten Strafe zugeführt werden.

Das belgische Kabinett zurückgetreten.

Brüssel, 26. Mai. Das belgische Kabinett ist zurückgetreten. Am Dienstag um 17 Uhr trat der Ministerrat zusammen, um zu der durch das Ergebnis der Neuwahlen geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Nach kurzer Beratung wurde beschlossen, dem König den Rücktritt des gesamten Kabinetts zu unterbreiten. Ministerpräsident van Zeeland begab sich sofort zum König, um diesem den Beschluß des Kabinetts mitzuteilen.

Herabsetzung der Gefängnisstrafe für Maurras.

Paris, 26. Mai. In dem Berufungsverfahren, das der Schriftsteller der „Action Française" Charles Maurras gegen seine Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist wegen Aufreizung zum Morde angestrengt hatte, wurde das Urteil auf 3 Monate Gefängnis ermäßigt.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß die rechtliche Verurteilung erfolge, ohne daß zu untersuchen sei, zu welchem Zweck das Verbrechen begangen worden sei, auch wenn dieses vom reinsten Patriotismus und von dem Wunsch eingegeben sein sollte, seinem Land ein Unglück zu ersparen. Es könne keinesfalls zugelassen werden, daß ein einfacher Bürger an die Stelle des Gesetzes trete, um Strafe und Rache für Handlungen zu üben, die ihm verbrecherisch erschienen, oder um zur Bestrafung oder zur Rache aufzureizen.

Thomas gibt seine Amtssiegel zurück.

London, 26. Mai. Der zurückgetretene Kolonialminister Thomas händigte am Dienstag im Buckingham-Palast dem König seine Amtssiegel aus.

Thomas will seine Entscheidung über die Frage, ob er auch das Unterhausmandat niederlegen soll, von dem Ergebnis abhängig machen, zu dem der richterliche Ausschuß für die Untersuchung der Versicherungsangelegenheit gelangt.

Malcolm MacDonald über die Maßnahmen in Palästina.

London, 26. Mai. Die Wirren in Palästina waren am Dienstag Gegenstand mehrerer Anfragen im Unterhaus. Anstelle des noch nicht ernannten neuen Kolonialministers gab der Dominienminister Malcolm MacDonald eine Erklärung ab, in der festgestellt wird, daß die Unruhen in Palästina nach wie vor andauern. Abgesehen von anderen Maßnahmen habe der britische Oberkommissar Schritte unternommen, um die Bewegungstreibeit der Aufwiegler und der Streikführer zu beschränken.

Schon in den ersten Monaten dieses Jahres seien Vollmachten für die Verstärkung der englischen und der palästinensischen Polizei erteilt worden. Demgemäß habe der Oberkommissar vor kurzem die Einstellung einer Reihe früherer Polizisten bewilligt. Den Mitgliedern des Unterhauses sei ferner bekannt, daß die militärischen Garnisonen seit dem Ausbruch der Unruhen erheblich verstärkt worden seien.

Erklärung des Oberkommissars von Palästina.

Jerusalem, 26. Mai. Der britische Oberkommissar betonte in einer Rede in Tel Aviv, daß weder Streik noch Gewalt die Durchführung der britischen Beschlüsse und Verpflichtungen auf Grund des Mandats verhindern könnten. Der Oberkommissar hat dadurch erneut zu erkennen gegeben, daß die jüdische Einwanderung in Palästina entgegen den arabischen Protesten fortgesetzt wird.

In den Gebirgen Samarias und Galiläas ist es zu zahlreichen Zwischenfällen gekommen.

Palästina in Aufruhr.

Jerusalem, 26. Mai. In den Städten Palästinas vergeht keine Nacht mehr ohne Bombenwürfe, sodaß die Bevölkerung unter dauernder Beunruhigung gehalten wird. Dabei scheinen sich breite arabische Volksschichten an diesen Sabotageakten zu beteiligen.

So gewinnt auch der arabische Generalstreik immer mehr die Form eines regelrechten Aufruhrs. Obwohl das Militär und die Polizei die Straßen täglich mehrfach von Nägeln säubern, bleiben immer wieder die Kraftwagen des Militärs, der Polizei und der Mandatsbehörden mit zerstörten Reifen auf der Strecke liegen.

Die arabischen Arbeiter des Militärflugplatzes Ramleh sind in den Streik getreten. Sie wurden durch Juden ersetzt.

In Tel Aviv wurde wiederum ein kommunistischer Stützpunkt ausgehoben, wobei acht Personen verhaftet wurden.

Die arabische Zeitung „Islamijah" wurde wegen Aufforderung zum Beamtenstreik auf 14 Tage verboten.

Gerüchte, wonach das Konsularkorps zur Vorbereitung eines gemeinsamen Schrittes bei der Mandatsregierung zusammengetreten sei, werden von zuständiger Seite in Abrede gestellt.

Im Laufe des Dienstag war von Jerusalem aus eine telephonische Verbindung weder mit Haifa noch mit Kairo möglich, da die Leitungen durchschnitten worden waren.

Reuter meldet, daß besonders im Norden Palästinas die verschiedenen bewaffneten Araberbanden immer kühner würden, und daß die aus dem Hinterhalt gemachten Ueberfälle jetzt fast den Charakter eines Aufstandes annähmen.

Die außerordentliche Tagung des japanischen Reichstags.

Tokio, 26. Mai. Die außerordentliche Tagung des japanischen Reichstags wurde am Dienstag nach dreiwöchiger Arbeit abgeschlossen.

Die gesamte Presse hebt die große gesetzgeberische Leistung hervor, die in engster Zusammenarbeit von Regierung und Parteien erzielt worden sei. Die Verabschiedung des Haushalts und 45 wichtige Gesetze in kürzester Frist zeige den ernsten Willen des Parlaments, seinen gesetzgeberischen Pflichten nachzukommen. Der Verlauf der Parlamentsarbeit lasse die Neubelebung der staatspolitischen Verantwortung unter entschiedener Ablehnung von der einseitigen Interessenpolitik der Parteien erkennen. Das Parlament als Vertretung des Volkes sei fest entschlossen, die Regierung bei dieser ihrer Aufgabe zu unterstützen.

Neuer Chef der chinesischen Banditenbekämpfung.

Nanking, 26. Mai. Im Zuge der Erklärungen vom Montag, in denen durch den chinesischen Außenminister besondere Maßnahmen zur Unterdrückung der kommunisten angekündigt worden waren, ernannte das Reichsvollzugsamt am Dienstag den Nankinger General Tschentschong zum Chef der Banditenbekämpfung in den Provinzen Schansi, Schensi, Suiyan und Ningbsia. Diese Maßnahme ist umso bedeutungsvoller, als General Tschengtschong als enger Mitarbeiter Tschiangkaischeks gilt. Die in den dabei betroffenen Provinzen stehenden Divisionen kommen nun wieder unter den Oberbefehl eines Nanking-Generals, womit die Nankinger Regierung offensichtlich unter Beweis stellen will, daß sie die Konsolidierung und Stärkung ihres eigenen Einflusses und die Unterdrückung der kommunisten aus eigener Kraft in den nordchinesischen Provinzen durchzuführen beabsichtigt.

Gleichzeitig ist der bisherige militärische Gouverneur der Provinz Schansi durch den Zivilisten Tschaotaiwen, den früheren Innenminister, abgelöst worden. Da dieser als Anhänger des früheren Gouverneurs und „Befriedungskommissar" Marschall Jensischan bekannt ist, kann die offizielle Unterstellung Tschentschengs unter Jensischan als Geste der Nanking-Regierung angesehen werden, die der Erhaltung der Freundschaft mit dieser wichtigen Persönlichkeit Nordchinas dienen soll. Im Hinblick darauf, daß das durch diese Entscheidungen betroffene Gebiet im Norden an die Außenmongolei und im Osten an die Provinzen Tschachar und Hopei grenzt, darf diese Entwicklung im Rahmen der Nordchinapolitik bedeutendes Interesse beanspruchen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.